

Bericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung am 05.03.2024

Sehr geehrte Mitglieder des Bauernverbandes Altentreptow,
Sehr geehrte Gäste,

Im letzten Jahr begann ich den Bericht mit dem Krieg in der Ukraine, in der Hoffnung, dass dieser ein Jahr später beendet sei. Dies ist aber, wie uns allen bekannt ist, nicht der Fall. Hinzu kommen die Konflikte im Gazastreifen, die wieder aufgeflammt sind. Ein Kriegsende ist in beiden Fällen noch immer nicht in Sicht. Die Auswirkungen in der Landwirtschaft spürt jeder von uns. Wir erleben weit fallende Getreidepreise an der Börse und natürlich auch im Verkauf. Zusätzlich zu den schlechten Erzeugerpreisen sind aufgrund der Mauterhöhung und der CO² Steuer die Transportkosten enorm gestiegen. Diese werden von Seiten des Handels 1:1 an uns Landwirte weiter gereicht.

Auch wenn die Energiepreise an der Börse gefallen sind, spiegelt sich das im Verbraucherpreis noch nicht wider. Die Düngerpreise sind zwar gefallen, aber eben nicht so stark wie die Gaspreise. Auswirkungen des Krieges sind zudem auch bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen nach wie vor zu spüren. Immer noch muss man beim Bestellen von Ersatzteilen mit langen Lieferzeiten rechnen.

Neben den vielen wirtschaftlichen Problemen, ist es vor allem die Politik auf Landes-, Bundes- und auf europäischer Ebene, die uns mit ständig neuen Vorschriften, Durchführungsverordnungen und bürokratischen Hürden vor immer neuen Herausforderungen stellen. Diese sind meist Ideologie getrieben und fachlich nicht nachzuvollziehen.

Mit der geplanten Streichung der Agrardieselmrückvergütung sowie die Abschaffung der KFZ-Steuerbefreiung für die Land- und Forstwirtschaft hat unsere Bundesregierung am 13.12. quasi über Nacht, das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht. Fünf Tage später demonstrierten wir unter dem Motto „Zu viel ist zu viel! Jetzt ist Schluss!“ vor dem Brandenburger Tor in Berlin mit zirka 10.000 Menschen und 3.000 Traktoren. Nach einer emotionalen Kampfansage unseres Präsidenten Joachim Rukwied waren wir motiviert genug, diese Protestwelle auf das ganze Land auszuweiten.

Vor unserer Haustür demonstrierten wir dann weiter, sei es auf den Autobahnzufahrten, bei Brückentagen, Mahnwachen oder Traktorkorsos. Wir waren sichtbar!

Ich möchte mich bei Euch für jegliche Teilnahme an den Protesten bedanken. Ihr habt mitorganisiert, versorgt, seid mit Technik und Plakaten dabei gewesen. Dafür ein herzliches Dankeschön! Alle die, die sich bisher zurückgehalten haben, bitten wir weiterhin sich auf den Weg zu machen.

Parallel zu den Demonstrationen liefen die Gespräche mit den Abgeordneten, Landräten und Ministern immer mit klaren Forderungen unsererseits. Erste Erfolge waren Anfang Januar

sichtbar: Die Streichung der KFZ-Steuer ist vom Tisch. Beim Thema Agrardiesel gilt es noch weiterhin mit der Politik zu verhandeln.

Für den 22. März steht die Abstimmung ein zweites Mal auf der Tagesordnung der Bundesratssitzung. Wir hoffen auf einen Verweis zurück in die Ausschüsse.

Ministerpräsidentin Schwesig und Minister Dr. Backhaus sind zumindest bei dieser Thematik auf unserer Seite. Backhaus hat hierzu eine Länderinitiative mit Niedersachsen und dem Saarland geschlossen.

Die Politik verspricht uns im Gegenzug zum Agrardiesel-Ausstieg Bürokratieabbau, Gewinnglättung und Abschaffung der Stilllegung. Nun müssen wir den Druck aufrechterhalten, damit die Politik ihre Lippenbekenntnisse in die Tat umsetzt. Gespräche mit CDU und SPD zum ländlichen Raum in unserer Region, eine Gesprächsrunde mit Bundestagsabgeordnetem Johannes Ahrlt zur Agrarreform 2024 auf Landesebene sind bereits gelaufen. Der DBV ist in Berlin und Brüssel aktiv.

Zur Aussetzung der 4 Prozent-Regelung, die in GLÖZ 8 gefordert werden, hat die EU eine klare Entscheidung für die Landwirtschaft gefällt. Bis es zu einer finalen Entscheidung in unserer Bundesrepublik kam, verging eine lange Zeit des Wartens. Doch auch unser Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hat sich in der letzten Woche gegen Umweltministerin Steffi Lemke durchsetzen können mit dem positiven Ergebnis, dass auch Deutschland die EU-Ausnahmeregelung zur Aussetzung der Pflichtbrache von 4 Prozent im laufenden Jahr 1:1 umsetzen wird. Das bedeutet, dass statt einer Stilllegung, der Anbau von Eiweißpflanzen und Zwischenfrüchten, allerdings ohne Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gestattet ist. Ebenso kündigte Minister Özdemir an, dass die Bundesregierung auf eine Kürzung der Direktzahlungen sowie eine Einführung neuer Ökoregelungen verzichte.

Schauen wir aber Richtung Bürokratieabbau müssen wir feststellen, dass dieser seit Jahren schon von der Politik angekündigt wird, aber nichts passiert. Im Gegenteil, es wird immer mehr. Wir hoffen sehr, dass wir hier aufgrund der Proteste und jüngsten Versprechen seitens der Politik vorankommen werden. Einen Arbeitskreis hat unser Landwirtschaftsminister Backhaus bereits gebildet, wie er stolz in einer Sitzung mit Delegierten des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern verkündete. Dass daran allerdings nur Frauen teilnehmen sollen, da diese laut Aussage von Herrn Backhaus auch heute noch die Bewältiger der Bürokratie auf den Landwirtschaftsbetrieben sind, hat uns bitter aufgestoßen und wurde stark von uns kritisiert. Grundsätzlich befürworten wir natürlich das Einbeziehen der Praktiker, also uns allen, damit gemeinsam konkrete Maßnahmen erarbeitet werden können, die uns eine spürbare Erleichterung beim Thema Bürokratie bringen.

Beim Boden- und Düngungstag, der letzte Woche in Linstow stattfand, erläuterte Staatssekretärin Aßmann außerdem, dass die verschiedenen Agrarausschüsse der Bundesregierung ebenfalls dazu angehalten sind, innerhalb ihres Themenschwerpunktes nach konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau zu suchen.

Während ich im letzten Jahr über die kommende Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, kurz SUR, gesprochen habe, freue ich mich, dass ich dieses Jahr sagen kann: SUR ist erfolgreich vom Tisch!

Wie sieht es aber mit Glyphosat aus? Wird Deutschland trotz der Verlängerung der Zulassung auf EU-Ebene einen Alleingang machen und es bei uns verbieten? Noch läuft die Übergangsfrist bis zum 30. Juni 2024 und ein Änderungsentwurf der Anwenderverordnung liegt seitens des BMEL noch nicht vor.

Ein Hin und Her gab es im letzten Jahr bei dem ELER-Programm „moorschonende Stauhaltung“. Viele Anträge sind eingegangen, die Meisten von ihnen wurden aufgrund fehlender Kapazitäten des zuständigen Dienstleisters Biota abgelehnt. Zur ELER-Antragsstellung 2024 war das Programm wieder freigeschaltet und wurde in ganz MV mit 21.496 ha beantragt. Trotzdem bleiben gewisse Zweifel bestehen: Ist es wirklich so genau planbar, wo das angestaute Wasser hinläuft und wo nicht? Wird die Versicherung des Dienstleisters im Falle einer Beeinträchtigung von Nachbarflächen für den Schaden aufkommen? Wer zahlt eventuell anzulegende Staue? Frau Aßmann erklärte beim Boden- und Düngungstag zu Letzterem, dass es privatwirtschaftliche Finanzierungsmöglichkeiten gäbe. Mit der moorschonenden Stauhaltung geht auch immer das Thema Paludikultur einher. Noch heute können wir mit Paludi aber kein Geld verdienen, weil schlichtweg kein Markt hierfür existiert. Wir kritisieren den Idealismus bei dieser Art von Förderprogrammen und fordern, Programme, die uns wirklich etwas bringen.

Die neue Förderperiode ist im vergangenen Jahr angelaufen und die vorläufigen Bescheide sind bei Ihnen angekommen. 90 Prozent der Förderung wurden kurz vor Weihnachten ausgezahlt. Die restlichen 10 Prozent kamen in der letzten Woche.

Denken wir an die letzte Agrarantragsstellung zurück, denken wir natürlich an die vielen Schwierigkeiten, die diese mit sich brachte. Wie immer war die Bearbeitungszeit aufgrund der verspäteten Freischaltung des Systems sehr kurz. Uns daran zu gewöhnen sind wir ja quasi gezwungen. Die Unterbrechung der Bearbeitungszeit aufgrund von Updates oder das Fehlen des Konditionalitätenrechners kamen noch hinzu. Wir sind froh, dass wir uns dabei mit auftretenden Problemen immer wieder an die Mitarbeitenden unseres StALUs wenden können, die uns nach ihren Möglichkeiten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dafür herzlichen Dank!

Weiterhin arbeiten wir hartnäckig an dem Thema „Rote Gebiete“. Wir fordern eine einzelbetriebliche Betrachtungsweise über Nährstoffvergleiche, gewässerschonende Wirtschaftsweisen oder ähnliches die zur Streichung aus der roten Kulisse führen können. Des Weiteren laufen in unserem Kreis zwei Initiativen bestehend aus Landwirtschaftsbetrieben in der roten Kulisse. Gemeinsam Messstellen bohren, die vom LUNG zugelassen werden, ist das Ziel um das „Rote Gebiet“ einzudämmen. Rügen hat es vorgemacht, dass diese Methode durchaus erfolgreich sein kann. Wer von Ihnen an dieser Initiative noch nicht teilnimmt, den fordern wir auf sich dieser anzuschließen. Die „roten Gebiete“ gehen uns alle an, auch diejenigen, die momentan nicht im roten Gebiet wirtschaften. Daher sollten die Kosten für die Errichtung neuer Messstellen auch flächendeckend getragen werden.

Landwirte, die in den roten Gebieten wirtschaften, werden zusätzlich noch damit bestraft, dass sie verpflichtet sind, für die Düngebedarfsermittlung Bodenproben zu ziehen um den

Nmin Gehalt festzustellen und dafür auch noch bezahlen müssen. Hier fordern wir, dass auch für die roten Gebiete die Daten von Referenzbetrieben genutzt werden können. Im Juni 2023 hat der Bauernverband gemeinsam mit den Wasserversorgern und dem Landwirtschaftsministerium die dreiseitige Absichtserklärung zum kooperativen Trinkwasserschutz unterzeichnet. Derzeit läuft die Suche nach geeigneten Maßnahmen mit denen Wasserversorger und Landwirte leben können und die Akzeptanz bei der unteren Wasserbehörde finden.

Ein weiteres Dauerthema ist der Wolf. Die EU hat sich jetzt für eine Absenkung des Schutzstatus ausgesprochen. Nun geht es bei uns in Deutschland aber nicht weiter. Der Praxisleitfaden Wolf soll überarbeitet werden. Die bestehenden Vorschläge zur Bejagung bei Rissvorfällen werden von den Praktikern abgelehnt, da diese zu ideologisch und nicht praxistauglich sind.

Aber nicht nur der Wolf ist das Problem für die Tierhalter. Nach wie vor stellen Betriebe ihre Tierhaltung ein, Bestände werden verringert und die Dokumentationspflicht erhöht sich. Mangelnde Wirtschaftlichkeit und die fehlende Planungssicherheit drängen viele Tierhalter in die Ecke. Hinzu kommt die Angst vor Viruserkrankungen wie der ASP beim Schwein und die Vogelgrippe in den Geflügelbeständen. Letztere trat in unserem Landkreis Ende des Jahres 2023 in der Gemeinde Lärz auf und führte zu einer Tötung von 2.000 Puten. Auch in diesem Jahr gab es weitere Fälle bei uns im Land im gewerblichen aber auch privaten Bereich. Richtet man den Blick auf unsere Nachbarn in Frankreich, ist festzustellen, dass diese schon seit 2015 immer wieder massiv von der Vogelgrippe betroffen sind. Im Herbst letzten Jahres reagierte Frankreich mit der Einführung einer Impfpflicht bei Enten. Diese schützt die Tiere aber nicht hundertprozentig und ist zusätzlich eine Last, die die Wettbewerbsfähigkeit einschränkt. Ob die Präventivmaßnahme das Risiko der Massenkeulung von Geflügelbeständen eindämmt ist noch fraglich und ob eine Impfpflicht in unserem Land kommt auch. Da bleiben Aussagen von Ministerpräsidentin Schwesig, Minister Dr. Backhaus und der Agrarausschussvorsitzenden Dr. Rahn-Präger, dass Tierhaltung in MV weiter gewünscht und gewährleistet wird doch eine leere Worthülse.

Richten wir den Blick auf das letzte Erntejahr. In unserem Landkreis erreichten unsere Kulturen im Schnitt folgende Ergebnisse (*in Klammern Werte aus dem Vorjahr, Quelle: Stat. Bundesamt*).

37 dt (40)	W- Raps
82 dt (80)	W-Gerste
77 dt (83)	W-Weizen
51 dt (55)	W-Roggen
26 dt (43)	S-Gerste
28 dt (38)	Hafer
50 dt (50)	Triticale
348 dt (376)	Kartoffeln
680 dt (712)	Zuckerrüben
340 dt (305)	Mais

Während wir gute Preise vor, während und auch kurz nach der Getreideernte hatten, sind wir jetzt wieder beim Vorkriegs-Niveau angelangt trotz steigender Betriebs- und Frachtkosten. Die Milchpreise lassen sich im Moment als relativ stabil einordnen und die Preise für Schweine steigen leicht an. Hier können wir nur hoffen, dass es so bleibt.

Sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Gäste

auch innerhalb unseres Verbandes gab es im letzten Jahr einige Veränderungen. Da unsere langjährige Geschäftsführerin Frau Brands zum 01. Juli ihren wohlverdienten Ruhestand angetreten hat, haben wir uns für die gemeinsame Geschäftsführung mit dem Bauernverband Mecklenburg Strelitz entschieden. Wir haben unsere Geschäftsstelle in Altentreptow aufgelöst und sind in die gemeinsame Geschäftsstelle nach Neubrandenburg gezogen. Dank der guten Vorbereitung durch Frau Brands, Frau von Hartz und Frau Millahn ist der Umzug und die Übergabe der Geschäftsführung reibungslos von statten gegangen. Dafür meinen herzlichen Dank.

Der Vorstand des Bauernverbandes Altentreptow tagte im letzten Jahr vier Mal. Des Weiteren wurden zwei Vorstandssitzungen gemeinsam mit dem BV MST und eine gemeinsam mit dem BV MST und BV MÜR durchgeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste

Wie fasse ich das letzte Jahr also zusammen? Der Arbeitsalltag auf unseren Betrieben ist nicht leichter geworden. Jeden Tag verlangt er aufs Neue vieles von uns ab. Ich bedanke mich bei Ihnen, Ihren Familien und Mitarbeitenden für Ihre Bemühungen Ihre Betriebe zu erhalten und damit zur Ernährungssicherung beizutragen.

Der Vorstand sowie die Mitglieder des Bauernverbandes Altentreptow arbeiteten im letzten Jahr in Prüfungsausschüssen, haben unsere Interessen in den verschiedensten Gremien auf Landes- und Bundesebene vertreten, nahmen an Beratungen teil und debattierten auf Klausuren und öffentlichen Foren.

Es liegt ein bewegtes Jahr hinter uns. Aber auch das was vor uns liegt wird nicht weniger bewegt sein. Als Vorstand, als Verband wollen wir weiterhin aktiv an politischen Diskussionen teilnehmen, unsere Standpunkte einbringen und zur Umsetzung bewegen. Dafür brauchen wir auch weiterhin Ihre Mitarbeit, Ihre Kompetenz und Ihre Hinweise.

Im Namen des Vorstandes bedanke ich mich für Ihr, für Euer Vertrauen in den letzten 4 Jahren, für jedes kritische aber konstruktive Gespräch am Telefon, auf Veranstaltungen oder an der Ackerkante.

In dieser politischen Zeit, die mehr durch Ideologien geprägt ist als durch Sachverstand ist es wichtiger denn je, dass wir weiterhin Aufstehen und uns stark machen für unsere Interessen, für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Packen wir es an, gemeinsam sind wir stark!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!